

# **Verurteilung des Angriffs auf die Ukrainische Republik**

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der SPÖ Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 24. März 2022 gemäß § 24 GO-BV folgende

## **Resolution**

1. Die Bezirksvertretung Mariahilf verurteilt den Angriff der Russischen Föderation auf die Ukrainische Republik entschieden. Unsere Solidarität gilt allen von diesem Vorgehen betroffenen Menschen.
2. Die Bezirksvertretung Mariahilf spricht sich für eine friedliche Lösung des Konfliktes aus und unterstützt alle Aktivitäten auf internationaler Ebene, um dieses Ziel zu erreichen. Wir begrüßen das aktiv werden der österreichischen Bundesregierung im Rahmen ihrer Möglichkeiten, etwa indem Wien als Ort für Verhandlungen zur Verfügung gestellt wird.
3. Die Neutralität Österreichs, die nicht mit Verzicht auf Haltung verwechselt werden darf, ist gerade in Krisenzeiten eine Chance einen Beitrag zu Konfliktbewältigung zu leisten.
4. Die Bezirksvertretung Mariahilf unterstützt die Bemühungen der Bundesregierung sich für eine Waffenruhe und weiterhin strikt für die Einhaltung des Völkerrechts, der VN-Satzung und der Prinzipien der Schlussakte von Helsinki einzusetzen, sowie in der gegenwärtigen Situation laufende Bemühungen für eine Rückkehr zu einer diplomatischen Verhandlungslösung weiterhin zu unterstützen.
5. Die Bezirksvertretung Mariahilf begrüßt alle Aktivitäten der Stadt Wien auf internationaler Ebene besonders im Ausschuss der Regionen (AdR) und im Kongress der Gemeinden und Regionen Europas (KGRE) an Entwicklungen friedlicher Lösungen mitzuwirken.
6. Die Bezirksvertretung Mariahilf zeigt sich solidarisch mit der Bevölkerung in der Ukraine und spricht sich für die Bereitstellung humanitärer Hilfe aus.
7. Die Bezirksvertretung Mariahilf spricht sich dafür aus, dass sich die Vertreter\*innen Wiens in den Gremien des Europarates dafür einzusetzen, dass Vertreter\*innen aus Gemeinden und Regionen der Russischen Föderation, wenn auch mit eingeschränkten Rechten, weiterhin an den Aktivitäten des Kongresses der Gemeinden und Regionen teilnehmen können.
8. Die Bezirksvertretung Mariahilf spricht sich dafür aus, die Republik Ukraine und die Republik Weißrussland von der Liste der sicheren Drittstaaten zu streichen und Flüchtlingen, die sich auf dem Gebiet dieser Länder befinden, einen sicheren Transit zu ermöglichen.

9. Wir wenden uns gegen jegliche Form der Rückweisung von Flüchtlingen aus Drittstaaten, die aufgrund der aktuellen Situation aus der Ukraine oder Weißrussland in die Europäische Union einreisen wollen.

## **Begründung**

Am 24. Februar 2022 haben Truppen der Russischen Föderation eine kriegerische Aktion gegen die unabhängige Republik Ukraine begonnen. Dieses Vorgehen, das in beispielloser Weise den Frieden und die Sicherheit in Europa beeinträchtigt und besonders das Leben aller Menschen in der Ukraine und in letzter Konsequenz auch in der Russischen Föderation negativ beeinträchtigt, ist als Bruch internationalen Rechts und als Verstoß gegen die Friedensordnung Europas vorbehaltlos zu verurteilen.

Wien hat eine lange Tradition als Stadt des Friedens und der Begegnung und ist nicht zuletzt als Menschenrechtsstadt und als Standort der Vereinten Nationen der Völkerverständigung und dem internationalen Frieden verbunden.

Jede Form von Krieg stellt für die betroffenen Menschen eine Katastrophe dar und muss umgehend beendet werden.

Russland ist rechtlich der Nachfolgestaat der Sowjetunion und diese hat die Grundpfeiler der europäischen Sicherheitsordnung in der Helsinki Schlussakte mitverhandelt. Auch die Russische Föderation muss sich daher zu den Prinzipien der Nichtandrohung von Gewalt und der Unverletzbarkeit von Grenzen bekennen.

Durch die aktuellen Ereignisse kommt es an den Grenzen der Europäischen Union zu einer ungeahnten humanitären Katastrophe, der wir nur durch rasche und entschlossene Hilfe begegnen können. Die Wiener Stadtregierung und die Bundesregierung haben dazu ihre Bereitschaft erklärt. Diesen Schritt unterstützt die Bezirksvertretung Mariahilf ausdrücklich.

Aufgrund der momentanen Situation kommt es zu einer großen Anzahl von Flüchtlingen aus der Ukraine in den Ländern der Europäischen Union. Die Bezirksvertretung Mariahilf begrüßt die Entscheidung der Europäischen Union für Flüchtlinge aus der Republik Ukraine einen besonderen Status und ein vereinfachtes Verfahren einzuführen. Darüber hinaus gilt unser Mitgefühl allen Flüchtlingen, die sich in der Region aufhalten.

Wien ist ein starker Partner in den europäischen Netzwerken der Städte und Regionen und das gibt uns die Möglichkeit, zu Initiativen für eine friedliche Lösung des Konflikts beizutragen.

Die Bürgerinnen und Bürger der Regionen und Städte Europas wollen ein friedliches Leben aller Menschen. Die regionalen Gebietskörperschaften sind abseits nationaler Politik wichtige Stakeholder, den Frieden und die Völkerverständigung zu betreiben. Sie dürfen nicht direkt oder indirekt für Handlungen nationaler Regierungen in die Verantwortung genommen werden.

Es ist daher wichtig, dass besonders auf die Interessen der regionalen Gebietskörperschaften in und außerhalb der Europäischen Union und des Europarates

Rücksicht genommen wird. Makroökonomische Konditionalität muss in jedem Fall vermieden werden.

Der Europarat als größte und älteste Institution für Frieden und Menschenrechte in Europa kann und soll weiterhin einen wichtigen Beitrag für die friedliche Entwicklung Europas leisten. Es muss daher unser gemeinsames Ziel sein, dass alle Staaten in Europa dieser Institution verbunden bleiben und insbesondere das europäische Menschenrechtssystem weiterhin umfassend gelten soll.

Das umfasst besonders auch die Tätigkeit des Kongresses der Gemeinden und Regionen Europas (KGRE), der für Gebietskörperschaften ein wichtiges Mittel des Dialogs und der Verständigung ist. Das Funktionieren dieser wichtigen Einrichtung unter Einbeziehung aller Länder Europas muss ein vorrangiges Ziel bleiben.